

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kietzner, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 Uhr Vormittags.
Lissabon, 20. Mai. Der Staatsrath Herzog de Saldanha machte gestern ein Pronunciamento mit 6 Bataillonen, nahm das Fort St. Georg und gelangte nach einem Handgemenge, wobei 6 Mann getödtet und 30 verwundet wurden, in den königlichen Palast. Der herbeigerufene Conseilspräsident Herzog de Loulé gab seine Demission und der König betraute Saldanha mit der Neubildung des Cabinets.

Genua, 20. Mai. Die Regierung besorgt die Bildung neuer Banden und trifft militärische Vorsichtsmaßregeln. Die Insel Caprera wird von 3 Kriegsschiffen bewacht.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kopenhagen, 19. Mai. In der heutigen Sitzung des Folkething wurde der Vorschlag wegen Nichterufung der Verstärkungsmannschaften mit 57 gegen 44 St., und ein ähnlicher Vorschlag bezüglich der Reserve mit 62 gegen 39 St. angenommen. — Es gilt nun als wahrscheinlich, daß das Ministerium in Gemäßheit einer früheren Aeußerung des Conseilspräsidenten dem Könige seine Demission überreichen werde.

Petersburg, 19. Mai. Die „Petersburger deutsche Zeitung“ veröffentlicht einen neuen Artikel über das Verhältniß der baltischen Provinzen zum Reiche, in welchem als Autsprache für die Provinzialbehörden die deutsche, für die Reichsbehörde die russische Sprache vorgeschlagen wird. Unterrichtssprache soll ausschließlich die deutsche sein.

Die projectirte Provinzialanleihe zur Förderung von Kreis-Chaussee-Bauten. II.

Als für die neue Provinz Hannover ein Provinzialfonds von 500,000 \mathcal{M} auf den Staatshaushaltsetat gebracht wurde, sprach die Regierung die Absicht aus, mit der Dotirung der andern Provinzen in ähnlicher Weise vorzugehen. Wir meinen nun, daß keine Provinz einen bringenderen und gerechteren Anspruch darauf hat als die unsrige, und erachten es für die unabwiesbare Pflicht unseres Provinzial-Landtages, mit aller Energie die Bewilligung einer solchen Dotation zu fordern, anstatt die Provinz durch eine neue Anleihe über ein Menschenalter hinaus zu belasten.

Man möge sich doch einer unbefangenen Würdigung unserer Zustände nicht verschließen, man möge nicht vergessen, daß die ländlichen Besitzverhältnisse namentlich in den beiden östlichen Regierungsbezirken so trostlos geworden sind, daß die erlebigen und die schwebenden Substationen nur eine sehr geringe Daote derjenigen Besitzer betroffen haben, denen von ihren Besitzungen nichts als der Titel geblieben, und die nur durch die nothgedrungene Rücksicht der Gläubiger noch gehalten werden. Man möge sich eine Vorstellung von der Höhe der Summen machen, welche in Hypotheken angelegt, verloren gegangen sind; sie repräsentiren das, was im Laufe vieler Jahre an Kapital erworben war, und diese Verluste sind die Hauptursache, weshalb heute ländliche Hypotheken fast nicht mehr zu erlangen sind. Gleichwohl kann die Landwirthschaft ohne Kapital nicht gedeihen, man hat also die dringendste Veranlassung, jeder weiteren Belastung der Provinz entgegen zu treten, für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ohne Auferlegung neuer Lasten zu wirken, damit wieder eine Kapitalansammlung ermöglicht und dadurch der chronische Nothstand allmählig gehoben werde.

Schließlich müssen wir noch auf ein Moment aufmerksam machen, welches abgesehen von den vorstehend erörterten Einwendungen gegen das Project der Provinzialanleihe zum Ausbau des Chausseenezes geltend zu machen ist. Wir halten es für ungerecht, den Ausbau der Kreis-Chausseen durch eine Personalsteuer, welche allen Einwohnern der Provinz gleichmäßig auferlegt wird, zu unterstützen.

Denn einmal sind, seitdem wir Eisenbahnen haben, die fraglichen Kreis-Chausseen lediglich von localem Interesse. Es ist für die Provinz ungeheuer gleichgiltig, ob die Umwohner einer Eisenbahnstation den Weg dahin auf Chausseen oder auf zeitweise unpassierbaren Landwegen zurücklegen haben. Im letztern Falle werden die ländlichen Besitzer mehr Gespannkräfte unterhalten müssen, also theurer wirthschaften und der Werth des Grund und Bodens wird von einem Käufer niedriger taxirt werden, als wenn die Besitzung an einer Chaussee läge. Die Besitzer vortheilhaft daher unmittelbar und ausschließlich durch die Chausseebauten, und zwar in erster Reihe die größern Besitzer. Der mittelbare Vortheil, welcher der ganzen Provinz durch die Verbesserung des Nahrungsstandes einzelner Besitzer erwächst, kann füglich eine Personalbesteuerung Aller zu Gunsten der qu. Besitzer nicht rechtfertigen. Es folgt hieraus zweierlei:

- 1) Daß es vollkommen ungerechtfertigt ist, die großen Städte, welche keine Chausseen bauen, also auch keine Provinzialprämien erhalten können, mit zu den Beiträgen heranzuziehen;
- 2) daß die Beiträge nicht durch Personalsteuer, sondern durch Realsteuer aufgebracht werden müssen.

Wir sind überzeugt, daß, wenn die Verzinsung und Amortisation der projectirten Provinzial-Anleihe lediglich durch Zuschläge zur Grundsteuer von den ländlichen Kreisen aufzubringen wäre, das Project keine Aussicht hätte, auf dem Provinzial-Landtage eine beifällige Aufnahme zu finden.

Was die großen Städte anlangt, so haben Danzig und Königsberg jährlich je 6 — 7000 Thlr., jede mehr als noch einmal so viel als der größte Landkreis des betreffenden Regierungsbezirks, zum Provinzial-Chausseebau-Fonds bis 1889 zu zahlen. Damit dürfte denn aber doch für alle Fälle mehr als genug geschehen sein. Diese sich natürlich immer

steigern den Beiträge in infinitum fortzuerheben, dafür fehlt es an jedem Scheine irgend eines Rechts, einer Billigkeit; die Vertreter der Städte auf dem Provinzial-Landtage dürften daher Ursache haben, mit allen Mitteln gegen eine derartige fernere Belastung aufzutreten. Die Stadt Königsberg hat übrigens, wie uns mitgetheilt wird, bereits nach erhaltener Kenntniß von dem Projecte ihrerseits gegen dasselbe Protest eingelegt, und wollen wir hoffen, daß, wenn man in weiteren Kreisen über die Tragweite desselben und die Lage unserer Provinz zur klaren Einsicht gelangt, der in nächster Zeit zusammen tretende Provinzial-Landtag auf die Dotirung des Provinzial-Chausseebau-Fonds aus Staatsmitteln und nicht durch eine von der Provinz zu contrahirende und von den Bewohnern durch Personalsteuer zu bedeckende Anleihe seine Bestrebungen richten werde.

49. Sitzung des Reichstages am 19. Mai.

2. Berathung des Gesetzes wegen Aufhebung der Elbzölle v. 1. Juli 1870 ab, verbunden mit einer Entschädigung von 1,250,000 \mathcal{M} an Mecklenburg und einer Abfindung von 85,000 \mathcal{M} resp. 36,000 \mathcal{M} an Anhalt und Lauenburg. Es liegen 5 Anträge vor. Wiggers (Berlin) beantragt Ablehnung der Vorlage und Aufforderung an den Bundeskanzler, die Zollfreiheit der Elbschiffahrt herbeizuführen; Köppe will den drei Staaten als Entschädigung den 18fachen Betrag der jährlich durchschnittlich auf die Unterhaltung des Strombettes und der Ufer verwandten Kosten bewilligen; v. Bülow will die Elbzölle vom 1. Juli 1875 aufheben, dann aber eine den Kosten entsprechende Schiffsabgabe bestehen lassen; v. Vanda beantragt, den Zoll am 1. Juli c. aufzuheben, ohne damit die Entschädigungs-Ansprüche zu berühren; endlich beantragt Porsch: Mecklenburg mit 1 Mill. \mathcal{M} zu entschädigen, und Anhalt und Lauenburg der Vorlage gemäß abzufinden, und zwar mit 4% Verzinsung bis zur völligen Abtragung vom 1. Juli 1870 an. Der Abtrag hat so zu geschehen: An Mecklenburg-Schwerin innerhalb 20 Jahren mittelfst 40 halbjährlicher Zahlungen von gleicher Höhe, welche das Capital und die abnehmenden Zinsen für die noch nicht fälligen Termine umfassen; an Anhalt und Lauenburg innerhalb 5 Jahren mittelfst 10 halbjährlicher Zahlungen von gleicher Höhe. Abg. Wiggers (Berlin): Der Bundesrath ist mit dem Reichstage darin einverstanden, daß die Elbzölle im Widerspruch mit Art. 54 der Bund.-Verf. erhoben werden. Diese verfassungswidrige Erhebung zu beseitigen, dazu bedarf es ebenso wenig eines Ausführungsgesetzes, wie es eines solchen zur Beseitigung der Transitzölle auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn bedurft hat; denn Art. 54 ist vollständig klar. Eine rechtliche Verpflichtung des Bundes zur Entschädigung kann ich nicht anerkennen; ebenso wenig aber auch Billigkeitsgründe; denn daß Mecklenburg wesentlich zum Zustandekommen des Bundes beigetragen habe und deshalb eine Nationalbelohnung verdiene, wie neulich Hr. v. Blandenburg meinte, ist mir neu; bisher glaubte ich, der Bund sei durch den König von Preußen und den Grafen Bismarck zu Stande gekommen. Mein Antrag ist nicht aus politischen Antipathien gegen die mecklenburgische Regierung hervorgegangen, obwohl ich nicht leugne, daß ich das in Mecklenburg herrschende System aufs tiefste hasse, weil es den Bürger vollständig politisch unberechtigt macht, sondern einfach aus dem Interesse heraus, das ich als Vertreter des ganzen Bundes wahrzunehmen habe — Bundes-Commissar v. Bülow beruft sich auf seine Ausführung bei der 1. Lesung. Hr. Wiggers möchte es nicht zuträglich sein, so kurz vor den Wahlen auf eine Einnahme, wie sie hier Mecklenburg zugewendet werden soll, zu verzichten. (Widerspruch) — Abg. Köppe empfiehlt sein Amendement. — Abg. v. Vanda: Eine Verpflichtung zur Entschädigung hat der Bund nicht. Da es sich aber um eine Geld- und zweifelhafte Rechtsfrage handelt, so bin ich gern zu einem billigen Compromiß bereit, das sich bei Annahme meines Antrages bis zur dritten Lesung leicht wird zu Stande bringen lassen. — Abg. Porsch kann eine rechtliche Verbindlichkeit des Bundes zur Entschädigung auch nicht anerkennen; will diese aber aus Opportunitätsgründen gewähren. — Präsident Delbrück bekämpft den Bülow'schen Antrag als im Widerspruch mit Art. 54 der Bund.-Verf., bittet auch die Anträge Wiggers, Köppe und v. Vanda abzulehnen, hat aber gegen den Antrag Porsch nichts zu erinnern. — Abg. v. Blandenburg bemerkt dem Abg. Wiggers, es mache für gewöhnliche Sterbliche einen sehr sonderbaren Eindruck, daß ein mecklenburgischer Bürger Geld nicht annehmen will, welches seinem Staate angeboten werde. Außerdem rühmte Redner das loyale Verhalten Mecklenburgs im J. 1866. — v. Vanda und v. Bülow ziehen ihre Anträge zurück; § 1 der Vorlage und ebenso die 1. und 2. Position des § 2 werden angenommen, die 3. Position wird abgelehnt und statt dessen als § 3 der Antrag Porsch angenommen und mit dieser Aenderung das ganze Gesetz.

2. Lesung des Ges. betr. die Abgaben von der Flößerei (§ 1. Auf den nur flößbaren Strecken derjenigen natürlichen Wasserstraßen, welche mehreren Bundesstaaten gemeinschaftlich sind, dürfen von der Flößerei mit verbundenen Hölzern nur für die Benutzung besonderer zur Erleichterung des Verkehrs bestimmte Abgaben erhoben werden. § 2. Für die Aufhebung der bisherigen Abgaben wird aus der Bundeskasse eine Entschädigung geleistet, wenn das Recht zur Erhebung der Abgabe auf einem lästigen Privatrechtstitel beruht. § 3 Abgaben, welche als Entschädigungen an Besitzer von Wasserwerken zu betrachten sind, werden von der Bestimmung des § 1 nicht betroffen.) Das Gesetz wird unverändert angenommen.

3. Lesung des Ges. betr. das Autorenrecht. Bundes-Comm. v. Philipsborn erklärt sich Namens der verbündeten Regierungen mit den in der 2. Lesung gefaßten Be-

schlüssen einverstanden unter der Voraussetzung, daß noch eine Anzahl theils rein redactioneller, theils ergänzender Verbesserungs-Anträge, die von den Abgg. Wehrenpennig und Dr. Bähr eingebracht sind, vom Hause genehmigt werden. Nur den Beschluß, betr. den § 32 („Für Entschädigungs-Anlagen und strafrechtliche Verfolgungen nach Maßgabe dieses Gesetzes bildet das Bundes-Oberhandelsgericht die höchste Instanz“), halte der Bundesrath für absolut unannehmbar, wenn nicht nach dem vom Abg. Endemann eingebrachten Antrage daneben Bestimmungen über die Ausführung dieses § in das Gesetz aufgenommen würden. Aber selbst nach Annahme dieses Zusatzes behalte sich der Bundesrath noch seine Entscheidung über diese Bestimmung vor. Der Streichung des Abschn. V. (Bildende Künste) aus dem Entwurfe treten die Regierungen nicht entgegen, erklären sich auch bereit, der in der dabei gefaßten Resolution ausgesprochenen Aufforderung Folge zu leisten, und einen besonderen Gesetzentwurf über diese Materie für die nächste Session vorzubereiten; über die diesem Entwurfe zu Grunde zu legenden Grundsätze glauben dieselben sich jedoch die freie Beschlussfassung vorbehalten zu müssen. — Das Haus genehmigt hierauf durchweg die Beschlüsse der 2. Lesung mit den vom Bundes-Commissar empfohlenen Amendements der Abgg. Wehrenpennig und Bähr. Außerdem wird zu § 7 unter Zustimmung des Bundes-Commissars die von Detter beantragte Aenderung angenommen, daß der Abg. welcher den Abdruck von thatsächlichen Berichten, von einzelnen Zeitartikeln und Correspondenz-Artikeln aus Zeitschriften und anderen öffentlichen Blättern freigiebt, folgende Fassung erhält: „Als Nachdruck ist nicht anzusehen der Abdruck einzelner Artikel aus Zeitschriften und anderen öffentlichen Blättern mit Ausnahme von novellistischen Erzeugnissen und wissenschaftlichen Ansarbeitungen, sowie von sonstigen größeren Mittheilungen, sofern an der Spitze der letzteren der Abdruck untersagt ist.“ — Im Anschluß an das Gesetz beantragt Bähr, den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session eine Gesetzesvorlage über das Verlagsrecht zu machen. Diese Resolution wird, nachdem v. Hennig und v. Behnen sich dagegen erklärt, abgelehnt. Auf Grund des 2. Berichts der Bundes-schulden-Commission über die Verwaltung pro 1869 wird Decharge erteilt.

2. Lesung des Gesetzes, betreff. die Abänderung des Haushaltsetats für 1870. § 1 verlangt Nachbewilligung zu den Bauten am Wilhelmshafen 600,000 Thlr. und für Anlauf eines Dienstgebäudes für das Marineministerium 157,000 Thlr. § 2 bestimmt, daß von diesen 757,000 Thlr. 600,000 Thlr. aus der Marineanleihe, 157,000 Thlr. durch Matrifalarbeiträge aufgebracht werden sollen. v. Hennig beantragt die 157,000 Thlr. für das Marineministerialgebäude und dem entsprechend die Erhöhung der Matrifalarbeiträge um dieselbe Summe zu streichen. Hagen beantragt, den Bundeskanzler aufzufordern: 1) dem Reichstage eine Uebersicht der wirklichen Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1869 nebst einer Zusammenstellung der etwaigen Etatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben vorzulegen; 2) eine entsprechende Uebersicht dem Reichstage fernerhin alljährlich baldmöglichst nach dem Abschluß der Bundeskasse mitzutheilen.

— Abg. Hagen: Soll der Reichstag neue Matrifalarbeiträge für das verflossene Jahr nachträglich bewilligen, so muß er doch vorher im Besitz einer Uebersicht der wirklichen Einnahmen und Ausgaben des vorigen Jahres sein. — Prä. Delbrück: Die Vorlage bezieht sich nicht auf den Etat für 1869, wie Hr. Hagen voraussetzt, sondern auf den für 1870. Die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen für 1869 ist fertig, das Gesetz über die Feststellung der Matrifalarbeiträge pro 1869 wird in wenigen Tagen an den Reichstag gelangen. Die Zusammenstellungen werden auch künftig jedes Jahr an das Haus gelangen. — Abg. Lasker knüpft daran die Bemerkung, daß ein Vortheil sich für die Statberathung ergeben würde, wenn dieselbe nicht am Anfange, sondern am Schlusse der Session vorgenommen würde; man werde dann die Uebersicht über die Rechnungen des Vorjahres bereits benutzen können. — Abg. Hagen will die Uebersichten über die wirklichen Einnahmen und Ausgaben nach den Spezialtiteln geordnet sehen. — Abg. v. Hennig erinnert noch einmal daran, daß der Anlauf des Marineministeriums erfolgte, als das Haus bereits versammelt war, und daß eine solche Nichtachtung des Hauses nur mit der Streichung der Summe beantwortet werden könne. Präsident Delbrück erkennt an, daß das Vorgehen der Regierung für das Haus etwas Frappirendes haben müsse, bittet indessen in Anerkennung der finanziellen Motive, die die Regierung geleitet haben, um Ablehnung des Hennig'schen Antrages. Der Verkäufer habe den Abschluß des Kaufes bis nach eingeholter Genehmigung des Reichstages zu verschieben mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die öffentliche Kritik über den Werth seines Hauses ihn, falls sich das Geschäft doch zerschlage, pecuniär schädigen werde; wahrscheinlich würde er für diese Chance 10,000 \mathcal{M} mehr gefordert haben. Der gezahlte Preis sei nicht zu hoch, es könne ohne Schwierigkeit ein Miethswert von 18,000 \mathcal{M} erzielt werden. Das Haus sei auch nicht ein palastähnliches; der Platz desselben sei außerordentlich günstig. Abg. Graf Schwerin hat großes Bedenken gegen die Folgen einer nachträglichen Nichtgenehmigung des abgeschlossenen Contractes. Er wird deshalb die Forderung der Vorlage bewilligen, wenn er auch das Verfahren der Regierung lebhaft mißbilligt, und die vorgebrachten Entschädigungsgründe als solche nicht anerkennen könne. Den Kauf findet er sehr theuer. — Abg. v. Foverbed: Nach Privatermittlungen, die er eingezogen, betrage die Höhe der Miethen incl. der Wohnung des Wirthes nur 11,000 \mathcal{M} , es sei deshalb wünschenswerth, einen speziellen Nachweis zur Beweithung

des Werthes des Grundstückes zu erhalten. Ebenso verlangt er die Vorlage der mit dem Befitzer etwa geführten schriftlichen Verhandlungen. Die Meinung des Vorredners über die Folgen eines ablehnenden Beschlusses theilt er nicht, hält es vielmehr für recht vortheilhaft, einmal die praktische Probe auf die oft gerühmte Verastbarkeit zu machen. Es werde sich ja dann zeigen, ob der Beamte, der das Geschäft abgeschlossen, oder der Bundeskanzler, oder wer sonst persönlich für das Geschehene hafte und ob sich diese Verantwortlichkeit in Geld ausdrücken lasse oder nur vor dem lieben Herrgott besteshe. — Abg. v. Kardorff verspricht sich von einer Ablehnung der Forderung kein praktisches Resultat, wünscht aber, daß in Zukunft die Regierung in ähnlichen Fällen vorher die Autorisation des Hauses nachsuche. — Abg. v. Benda hält den Kauf für außerordentlich theuer, denn der Preis von 932 1/2 pro Quadratruthe für Marinebauten sei entschieden zu hoch. — Tit. 10 (600,000 1/2 für Hafenbauten) wird mit großer Majorität genehmigt, dagegen Tit. 11 (157,000 1/2 für den Ankauf des Dienstgebäudes) in namentlicher Abstimmung mit 86 gegen 82 St. abgelehnt. (Dafür die Conservativen, Freiconservative, Liberalen, v. Unruh und Grumbrecht.) Der Antrag Hagen wird genehmigt. — Nächste Sitzung Freitag.

BAC. Berlin, 19. Mai. Der General v. Manteuffel, welcher die Reise des Kaisers von Rußland benutzt hat, um sich wieder einmal in Berlin zu zeigen, hat vorgestern auch den Reichstag besucht und somit sich vom Schauplatz seiner erhofften künftigen Wirksamkeit einen Ueberblick verschafft. Offenbar scheint General v. Manteuffel bei diesen wiederholten Besuchen in Berlin das Beispiel des Grafen Bismarck sich zum Muster genommen zu haben, welcher, als er noch im diplomatischen Dienst verwendet wurde, auch sehr oft von seinem Posten nach Berlin kam und dem Könige bald diesen, bald jenen Vorschlag unterbreitete. Natürlich wissen wir nicht, ob Gen. v. Manteuffel dieses letztere auch gethan hat, was bei seinem nicht eben großen Reichtum an Ideen wohl auch seine Schwierigkeiten haben möchte, indessen ist die Sache doch immerhin nicht ohne Bedenken. General v. Manteuffel wird bekanntlich von gewissen Kreisen als Ersatzmann Bismarcks angesehen, falls dieser aus irgend welchen Gründen sich vom Amte zurückziehen sollte. Ueber die militärischen Leistungen des Generals v. Manteuffel lauten die Urtheile sehr verschieden; die Einen preisen ihn gewaltig, während die Anderen seine Thaten nicht recht anerkennen wollen; darüber aber, daß er keine diplomatische Ader besitze, ist wohl Niemand außer seinen nächsten politischen Freunden zweifelhaft; es wäre seine Ernennung an Stelle des Grafen Bismarck zum Bundeskanzler und preussischen Ministerpräsidenten ein wahres Unglück für Deutschland und Preußen. Merkwürdig ist dabei, daß der Plan seiner Freunde ziemlich offen verrathen ist; dieselben haben nämlich die Absicht, für die Zeit der nächsten Wahlen und bis zu deren Ende in jedem Falle den Grafen Bismarck noch als Bundeskanzler zu erhalten; erst nach den Wahlen soll derselbe den Abschied zu nehmen veranlaßt werden und soll dann General v. Manteuffel an seine Stelle treten. Die Wähler würden gewiß ganz außerordentlich überrascht sein, wenn ihren Abgeordneten, welche sie mit gutem Willen als Anhänger des Grafen Bismarck gewählt haben, plötzlich Hr. v. Manteuffel als Bundeskanzler und preussischer Ministerpräsident gegenüberstände. Wir glauben, daß dieses doch einigermaßen zur Vorsicht bei den Wahlen mahnen sollte.

* Der Präsident Friedberg, Bundes-Commissarius bei der Beratung über das Strafgesetzbuch, hat gestern vor dem Zusammentritt des Cabinetsconcils dem Kronprinzen einen zweistündigen Vortrag über den Stand der Angelegenheit gehalten. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Corr. St.“, daß die Regierungen am Sonnabend in der Lage sein werden, zu erklären, daß sie an der Beibehaltung der Todesstrafe für Mord festhalten. Der König soll sich dahin ausgesprochen haben, daß die Todesstrafe für Hochverrath abzuschaffen sei. — Mit dem Compromiß über das Strafgesetzbuch scheint es doch noch sehr zweifelhaft zu stehen, da demselben auch von den Conservativen Schwierigkeiten gemacht werden. Die „Beibl. Corr.“ schreibt: „Wie es scheint, haben wir uns nicht getäuscht, als wir neulich die Ansicht aussprachen, daß die dritte Beratung des Strafgesetzbuches nicht zur Annahme des in der Presse mitgetheilten Compromisses führen dürfte, nach welchem die Todesstrafe für den eigentlichen prämeditirten Mord beibehalten, für die übrigen Fälle, namentlich auch für den Fall des Hochverraths, aber abgeschafft werden sollte. Bei der Annahme dieses Compromisses war selbstredend vorausgesetzt, daß die conservative Fraction sich mit demselben schließlich einverstanden erklären werde, — eine Voraussetzung, welche nicht zutrifft, indem diese Fraction sich, wie wir hören, fast einstimmig dahin schlüssig gemacht haben soll, die Todesstrafe unter allen Umständen für den Fall des eigentlichen Mordversuches gegen einen deutschen Bundesfürsten festzuhalten.“

— Der Antrag des Abg. Krüger (Nordschleswig) auf Regulirung der schleswigschen Frage nach Art. V. des Kaiserlichen Friedens ist in der Petitions-Commission des Reichstages durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt worden. Mitglieder der Fortschrittspartei wollen nun die Sache durch einen besonderen Antrag an das Plenum bringen, damit seitens der Regierung endlich einmal eine Erklärung abgegeben wird, geeignet, den dauernden Agitationen in Nordschleswig die Spitze abzubrechen.

— Walbeck hat kurz vor seinem Tode geäußert, er möchte wohl noch ein einziges Mal im Reichstage auftreten und zwar um gegen die Todesstrafe seine Meinung kund zu thun. In diesem Sinne hat der Verstorbene noch kürzlich einen längeren Brief an den sächsl. Abg. Wigard gerichtet, welcher wohl demnächst veröffentlicht werden wird.

— Die von Neuem bei dem Bundesrathe eingebrachte Beschwerde gegen die medlenburg-schwerinsche Regierung in Sachen der bekannten Justizverweigerung gegenüber den Rostocker Mitgliedern des Nationalvereins ist um deshalb vom Bundesrathe zurückgewiesen worden, weil der Art. 77 der Bundesverfassung sich nur auf künftige Fälle der Justizverweigerung beziehe und nicht auf solche, welche der Zeit vor der Errichtung des Nordb. Bundes angehören.

— Nach dem Etat von 1870 erhebt die Stadt Berlin an Steuern die Summe von 3,394,295 1/2, worunter die Miethsteuer mit 1,390,500 und die Einkommensteuer mit 507,750 1/2. Die Steuerumlage ist gegen 1869 um 648,984 Thlr. gewachsen. Die Armenverwaltung erfordert 1,110,213, die Schulverwaltung 797,614 1/2. Beide Verwaltungen namentlich die letztere, haben jedoch eigene Einnahmen, so daß der Zuschuß der Stadthauptkasse nicht ganz so groß ist.

Posen, 19. Mai. Der Berliner Correspondent des „Diennit Poznanski“ fordert die polnischen Reichstagsmit-

glieder auf, sich zur dritten Lesung des Strafgesetzbuches in corpore einzufinden, damit die namentlich für Polen so wichtige Angelegenheit der Abschaffung der Todesstrafe für Hochverrath durch ihre eigene Schuld nicht der Gefahr ausgesetzt werde, zu unterliegen, und erklärt, daß das Ausbleiben eines Jeden ohne sehr triftige Gründe mit Recht als eine Nichterfüllung der übernommenen Pflichten angesehen werden könne. (Ostd. Stg.)

Riel, 17. Mai. [Marine.] Die R. Panzerfregatte „Friedrich Karl“ traf heute früh in Begleitung von „Kronprinz“ wieder im hiesigen Hafen ein. (Vergl. Danzig.) Die nach Plymouth für das Linienschiff „Renown“ bestimmten Mannschaften vom „Friedrich Karl“ sind wieder ausgeschifft worden. — Das R. Dampfanonenboot „Wolf“, welches für die Zeit der Abwesenheit des Panzerfahrzeugs „Prinz Adalbert“ als Wachtschiff bei Altona stationirt wird, wird am 1. Juni in Geestemünde in Dienst gestellt. Die Besatzung des „Wolf“ wird von „Prinz Adalbert“ nach Geestemünde übergeführt.

England. London, 17. Mai. Der letzte Abschnitt der irischen Landbill ist gestern in der Ausschussberatung erledigt worden, und es bleiben nur noch die zurückgestellten und neuen Clauseln vorzunehmen. Der Kernpunkt der gestrigen Verhandlungen war der bekannte Bright'sche Vorschlag, den Pächtern durch Vorschüsse aus Staatsmitteln den Ankauf der von ihnen bewirtschafteten Grundstücke zu ermöglichen. Da solche Anläufe nur mit Einwilligung beider Theile geschehen und nicht etwa, wie bei den preussischen Agrar-Reformen, erzwungen werden können, so läßt sich die Bedeutung dieses Abschnittes noch nicht recht ablesen; aber bezeichnend ist es, daß im Allgemeinen wenig Werth auf ihn gelegt wird. Dieses Mittel, die Verwandlung der unsicheren Pacht in sicheres Eigenthum zu erleichtern, gilt für eine neben der Reform der eigentlichen Pachtgesetze nur so mitlaufende Maßregel, während sie nach Bright's ursprünglicher Ansicht den Kern der ganzen Landesgesetzgebung für Irland bilden sollte. Die Vorschüsse dürfen übrigens zwei Drittel des Ankaufspreises nicht übersteigen und werden binnen 35 Jahren durch eine die Tilgungssumme und die Verzinsung enthaltende jährliche Zahlung von 5% der Summe zurückzuerstattet. — Die Londoner Polizei glaubt einen guten Fang gemacht zu haben. In Folge telegraphisch eingetroffener Nachricht wurde ein von Birmingham eintreffender Eisenbahnzug von etwa zwanzig Polizisten in Empfang genommen, welche unter den Aussteigenden eine Anzahl verdächtiger Leute herausfanden und in Verwahrung nahmen. In dem Gepäck der Verhafteten wurden einige fünfzig Revolver vorgefunden. Auch eine anscheinend den besseren Ständen angehörende Persönlichkeit, welche, wie man muthmaßt, die ankommenden Fenster am Bahnhof erwartete und bei der man gegen 200 1/2 in Geld und Banknoten vorfand, wurde in Haft genommen.

Frankreich. * Paris, 17. Mai. Olivier hat die Zeit, in der er interimistisch die Leitung des Auswärtigen führte, dazu benutzt, um dem Marquis v. Vannerville in Rom die strengste Enthaltung von jeder Einmischung in die Concils-Angelegenheiten vorzuschreiben. Olivier ist wie sein kaiserlicher Herr ganz von der Wahrheit jener Bemerkung in der Antonellischen Antwort durchdrungen, daß die Kirche den Fürsten in der Erziehung ihrer Unterthanen zum Gehorsam stets die besten Dienste geleistet hat. — Wie verlautet, soll der Fürst de la Tour d'Auvergne, bekanntlich vor Daru Minister des Aeußern, zum Votschaffer in Wien ernannt werden. Laguerrenière ist sehr ergrimmt, daß er trotz des plebisitarischen Eifers, den er an den Tag gelegt, kein Portefeuille erlangt hat. Emile Girardin ist ebenfalls ungelaut und beginnt bereits wieder Opposition zu machen. Derselbe hatte nämlich bis zum letzten Augenblicke gehofft, daß er ein Portefeuille, bekanntlich der Traum seines ganzen Lebens, erhalten werde. — Gestern und heute verurtheilt das Zuchtpolizeigericht wieder eine große Anzahl der Personen, welche bei den letzten Unruhen verhaftet wurden, von fünfzehn Tagen bis zu fünfzehn Monaten Gefängniß. Seit vorgestern haben wieder viele Hausdurchsuchungen und eine größere Anzahl von Verhaftungen stattgefunden. Ein Belgier, der am letzten Donnerstag in eine Charge gerathen und festgenommen worden war, wurde bereits am Freitag an die Grenze gebracht. Obgleich derselbe hier seit längerer Zeit etabliert und verheirathet war, blieben doch alle Schritte fruchtlos, um die über ihn verhängte Maßregel rückgängig zu machen. Eines der Opfer der letzten Unruhen wurde vorgestern begraben. Es ist ein Kaufmann des Faubourg du Temple, Vater von 7 Kindern. Derselbe war nach dem Place du Chateau d'Eau geeilt, weil er befürchtete, daß einer seiner Söhne sich unter den Schreibern befände, wurde in der Nähe der Kaserne von einer Charge überrascht und tödtlich verwundet. — Beauty läugnet jetzt, mit Gustave Florens in Verbindung gestanden zu haben. Wo der hohe Gerichtshof seinen Sitz aufschlagen wird, weiß man noch nicht. Der Saal zu Tours ist in Anbetracht der vielen Angeklagten zu klein. — Zwei weitere Provinzialblätter sind verurtheilt worden, nämlich die „Contribuale“ von Rochefort und der „Ouest“ von Angers.

Italien. Florenz, 19. Mai. „Opinione“ meldet, die päpstliche Regierung habe einen Cordon von Zuaven an der Grenze aufgestellt, um das etwaige Uebertreten zerstreuter Insurgentenbänden auf das päpstliche Gebiet des Kirchenstaates zu verhindern. — Derselben Blatte zufolge ist das Gerücht vom Auftauchen neuer Bänden gänzlich unbegründet. Seit dem Zusammenstoße bei Reggio haben sich nirgends neue Bände gezeigt.

— Die neulich mitgetheilten drei Canones zum Unfehlbarkeits-Dogma erschöpfen noch nicht die Fläche, mit denen diese neue Glaubenslehre bekräftigt werden soll. Es sind vielmehr noch folgende 5 — nach der „Ball Mall Gaz.“ — nachzutragen: „So Jemand sagt, daß der bischöfliche Stuhl der römischen Kirche nicht der wahre und unfehlbare Stuhl des heiligen Petrus sei, oder daß er nicht von Gott als der festeste, unvergänglichste und unzerstörbarste Fels der ganzen christlichen Kirche gewählt worden sei: der sei verflucht.“ — So Jemand sagt, daß es in der Welt noch einen anderen unfehlbaren Stuhl der Wahrheit der Evangelii Christi unseres Herrn gebe, außer und getrennt von dem Stuhle des heiligen Petrus: der sei verflucht. — So Jemand läugnet, daß das göttliche Lehramt des Stuhles des heiligen Petrus nothwendig sei zu dem wahren Wege der ewigen Seligkeit für alle Menschen, ungläubige wie gläubige, Laien wie Bischöfe: der sei verflucht. — So Jemand sagt, daß jeder auf legitime Weise gewählte römische Papst nicht Kraft göttlichen Rechtes der Nachfolger des heiligen Petrus sei auch in der Gabe der Unfehlbarkeit, des Lehramtes, und irgend Einem von ihnen das Prärogativ der Unfehlbarkeit, die Kirche das Wort Gottes frei von allem Irrthum und Verderbniß zu lehren, abspricht: der sei verflucht. — So Je-

mand sagt, daß allgemeine Concilien von Gott in der Kirche eingesetzt seien als eine Macht, die göttliche Heerde mit dem Worte des Glaubens zu nähren, welche aber dem römischen Papste stehe, oder ihm gleich sei, oder durch göttliche Einsetzung nothwendig sei, damit das Lehramt des römischen Bischofs unfehlbar erhalten werde: der sei verflucht.“

Spanien. Madrid, 18. Mai. In einer heute stattgefundenen Besprechung mit den Mitgliedern der Majorität der Cortes legte Prim die Lage bezüglich der Thronfolgefrage dar und zeigte die Nothwendigkeit, an Serrano die königlichen Attribute zu übertragen. Wie versichert wird, sollen einige Progressisten beabsichtigen, ehe sie diese Uebertragung bewilligen, den Cortes vorzuschlagen, die Ausschließung beider Linien der Familie Bourbon zu beschließen. (W. T.)

Danzig, den 20. Mai. * In Betreff des Unfalls, welcher die Panzerfregatte „Friedrich Carl“ am 15. d. unterhalb Saaland betroffen hat (vergl. gestrige Abendnummer unter Berlin), haben wir aus Riel folgende authentische Notizen erhalten: „Die Fregatte hatte einen Loosten am Bord, der sich im vorigen Jahre bei den in der Nähe der Belte vorgekommenen Manövern als durchaus kundig des Fahrwassers gezeigt hatte und in hiesiger Gegend als der beste Looste gilt. Die Fregatte kam fest auf einer Stelle, wo nach drei verschiebenen Landpeilungen vollkommen freies Fahrwasser sein mußte. Die Karten sind allerdings aus den dreißiger Jahren, da von der dänischen Regierung in Bezug auf die Correcthaltung der Karten, so wie zur Bezeichnung der Fahrstraßen in den Belten zu wenig gethan wird. Das Schiff sah, wie die Lothung ergab, auf losem Sand, konnte also keinen Schaden genommen haben. Man wartete das Steigen der Fluth ab, damit das Schiff von selbst wieder flott werde und peilte währenddessen die Gegend rings herum aus. Mit Hochwasser kam die Fregatte mit Hilfe eines ausgebrachten Warpankers los und man ließ die Schraube angehen. Plötzlich spürte man einen Ruck, doch ging das Schiff voraus, der wachhabende Maschinist ersah aber sofort an dem Arbeiten der Maschine, daß die Schraubenflügel abgeschlagen sein mußten. Und so war es in der That. Drei Flügel sind vollständig abgeschlagen, der vierte zum Theil. Es muß also von dem Loth unbemerkt geblieben ein Stein gelegen haben, der ebensovienig in der Karte angedeutet ist, auf den die Schraube geschlagen hat. Das Schiff selbst ist auf dem Stein längs gegangen, ohne die Verdrührung mit demselben gespürt zu haben. Die Schraube ist leider von Gußstahl, Schmiedeeisen oder Bronze würden mehr Widerstand geleistet haben. Das Schiff hat 2 Reserveflügel, doch um sie einzusetzen, muß das Schiff in ein Dock holen. Der „Kronprinz“, der die Fregatte hieher zurückschleppte, wird ihr auf ihrer Fahrt nach England — um dort zu docken — wahrscheinlich ähnlichen Beistand leisten müssen. Abgesehen von dem Verlust der Schraubenflügel hat das Schiff selbst nicht den geringsten weiteren Schaden erlitten. Ein Verhulden ist bei dem Unfall weder dem als so äußerst vorsichtig bekannten Commandanten, noch dem Observationsoffizier oder dem Wachhabenden zugemessen.“

* Beethoven-Feier. Im December d. J. sind es 100 Jahre, daß Beethoven, der Hero der Tonkunst, geboren wurde. Diese Jubelfeier ebenso würdig als künstlerisch zu begehen, hat sich ein Comité gebildet, welches bereits die Grundzüge derselben feststellte. In Folge der getroffenen Vereinbarungen, nach welchen Solo-, Chor- und Orchesterkräfte zu erhöhter Wirksamkeit berufen sind, ist zu hoffen, daß dieses seltene Fest, das den Verhältnissen angemessen allerdings nur auf einen Tag berechnet ist, in seinen Leistungen ein in der Musikgeschichte Danzigs hervorragendes und dem erhabenen Tondichter würdiges sein wird.

* [Polizeiliches.] Am 18. Abends entspann sich auf der Chaussee bei St. Albrecht zwischen mehreren Arbeitern eine Schlägerei, wobei zwei von ihnen durch Messerstiche nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. — Auf dem Kohlenmarke ist gestern 1 Portemonnaie mit 1 Thaler Inhalt gefunden worden. — Das Dienstmädchen Lepke, welches durch Trinken von Kuchwasser sich zu vergiften versucht hatte, wurde in die Krankenstation des Arbeitshauses aufgenommen. — Dem Kaufmann v. Taden sind aus seinem auf der Speicherinsel belegenen Speicher „Steinkrähe“ mittelst Einbruchs verschiedene Waaren gestohlen worden. — Verhaftet wurden 3 Personen.

* [Gerichtsverhandlung am 19. Mai.] 1) Der Arbeiter Schimowski und der Nagelschmiedegeselle Krüger wohnten im Dezember v. J. zusammen in einer Stube und gerietzen in einen Wortstreit, wobei Krüger, welcher von Sch. Mithete zu fordern hatte, präventios auftrat und mit Hinanswerfen drohte. Dies führte zu einer Balgerei, wobei Sch. dem K. mehrere Stiche, darunter 2 in die Brust versetzte, welche dessen Leben wegen ihrer Gefährlichkeit bedrohten. Die Heilung erfolgte indeß sehr schnell, so daß K. nur 16 Tage krank im Lazareth gelegen hat. Der Gerichtshof bestrafte den Sch. mit 9 Monaten Gefängniß. — 2) Mehrere Arbeiter aus Schellmühl, welche im November v. J. von dem Driedgerischen Holzfelde in Legan durch Einbruch 30 Palissaden gestohlen haben, wurden zu je 7 Monaten Gefängniß und Nebenstrafen verurtheilt. — 3) Der Klempnergeselle Julius Ed. Schmidt hat geständig seinem Meister Janiohn 8 1/2 1/2 gestohlen; es waren dies, wie sich herausstellte, die Ersparnisse des verstorbenen Sohnes des J., der das Geld in der Werkstätte in dem Loch eines Balkens der Decke aufbewahrt hatte, wo es von Schmidt entdeckt und weggenommen worden war; außerdem aber hat Schmidt 3 1/2, welche Janiohn in Emmaus zu erhalten hatte, im angeblichen Auftrage des J. eingezogen und für sich verworben, obwohl er dazu keinen Auftrag hatte. Der Gerichtshof verurtheilte den Sch. zu 3 Monaten Gefängniß und Ehrverlust.

* Den pensionirten Polizei-Commissarien Kelpin und Nitardy zu Elbing ist das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Fleischergehilfen Bierke zu Rosenburg die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

— In dem Kgl. Hauptgestüt Trakehen werden am 28. Juli d. J. ca. 100 Gestütpferde zum Verkauf gestellt werden und zwar Landbesäler, Mutterstuten (meistens bedeckt), 4jährige Hengste und Stuten, so wie einige junge Fohlen. Die Versteigerung der Pferde kann in den Morgenstunden des 26. und 27. Juli stattfinden. (Ostpr. St.)

V Bromberg, 19. Mai (Wahlen) Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung wählte so eben zum Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) den Kreisrichter Herrn Schlingmann in Puzig und zum unbesoldeten Stadtrath den hiesigen Justizrath a. D. Herrn Krumteich, früher in Conig.

Vermischtes. — An den neuen Personenwagen der Berlin-Hamburger Bahn sind jetzt an einzelnen Coups kleine Tafeln angebracht, die bei den Wagen III. Klasse die Bezeichnung „Frauen-Coups“, dagegen für die II. Klasse die Bezeichnung „Damen-Coups“ enthalten. (Offenbar geizt die wohlwollende Direction dieser Bahn nach einer Ehrenstelle im Kladderadatsch.)

Leipzig, 16. Mai. In der chirurgischen Klinik des hiesigen Jakobshospitals ereignete sich bei einer von dem rühmlichst bekannten Professor Dr. Zehner an einem Knaben vollzogenen Steinoperation das Unglück, daß der chloroformirte Kranke plötzlich zu athmen aufhörte und trotz aller Versuche nicht wieder zum Leben gebracht werden konnte.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau
Johanna, geb. Malonek, von einem
gesunden Mädchen beehre ich mich allen Freunden
den ganz ergebenst anzuzeigen.
Kallwe, den 18. Mai 1870.

Julius Schwarz.

Die Verlobung unserer Tochter Minna mit
dem Kaufmann Herrn E. Heilmann aus
Berlin zeigen wir Verwandten und Bekannten
hierdurch ergebenst an.
Thorn, den 19. Mai 1870.

David Feilchenfeld
und Frau.

(8577)

Nothwendige Subhastation.

Das der Frau Johanna Friederike
Amalie Heldt geb. Graff gehörige, in Dorfe
Zigantenberg (Anfang Langfuhr) belegene, im
Hypothekenbuche unter No. 8 verzeichnete Grund-
stück, soll

am 19. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr,

im Gerichtszimmer No. 14 im Wege der Zwangs-
vollstreckung versteigert und das Urtheil über
die Ertheilung des Zuschlags

am 21. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr,

dieselbst verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der
Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grund-
stücks 1²⁰/₁₀₀ Morgen; der jährliche Nutzungswert,
nach welchem das Grundstück zur Ge-
bäudesteuer veranlagt worden, 64 Thlr.

Der das Grundstück betreffende Auszug
aus der Steuerrolle und Hypothekenschein kön-
nen im Bureau V. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder an-
derweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Ein-
tragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber
nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen
haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben
zur Vermeidung der Präclusion spätestens im
Versteigerungstermine anzumelden.

Danzig, den 10. Mai 1870.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (8545)

Affmann.

Nothwendige Subhastation.

Das den Mühlenbesitzern Rudolph und
Wilhelmine Froese'schen Eheleuten gehörige,
in Sichtrelle belegene, im Hypothekenbuche No. 68
verzeichnete Grundstück, wozu außer dem Wohn-
hause, den Wirtschaftsgebäuden nebst Ackerland
eine Holländerwindmühle gehört, soll

am 18. Juli cr.,

Nachmittags 4 Uhr,

an Ort und Stelle im Grundstück Sichtrelle No.
68 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert
und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 20. Juli cr.,

Mittags 12 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grund-
steuer unterliegenden Flächen des Grundstücks
16,38 Morgen; der Reinertrag, nach welchem
das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt wor-
den, 47,42 R.; der Nutzungswert, nach wel-
chem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt
worden, 50 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus
der Steuerrolle und Hypothekenschein können in
unserem Geschäftslokale, Bureau III., eingesehen
werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder an-
derweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Ein-
tragung in das Hypothekenbuch bedürftige, aber
nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen
haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben
zur Vermeidung der Präclusion spätestens im
Versteigerungstermine anzumelden.
Marienburg, den 15. Mai 1870.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (8546)

Die Heimathskunde

der Provinz Preußen.

Kleine Schulgeographie

von

Block, Lehrer in Danzig.

Preis 3 Sgr.

Zu haben bei

L. G. Homann,

Johannsgasse 19, Buchhandlung in Danzig.

In neuer Sendung erhielt:

Strauß, Pizzicato-Polka. 10 Sgr.

Th. Eisenhauer,

Langgasse 40, vis-à-vis dem Rathhause.

Oberhemden, Nachthemden,
Chemisettes-Kragen,
Mauschetten,
Cravatten, Schlipse,
Camisols u. Unterbeinkleider,
zu sehr billigen Preisen empfiehlt

Adalbert Karau,

Löwenhof,

Langgasse 35, 35. Langgasse.

Lotterie in Frankfurt a. M.

Gewinne: A. 200,000, 100,000, 50,000.

Original-Lose

zur 1. Klasse, Ziehung den 31. Mai,
1/4 a R. 1 — 1/2 a R. 2 — 1/4 a R. 4
incl. Porto und Schreibgebühren,
officieren (8010)

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

Langemarkt No. 40, neben der Rathsapothek.

Ueber verkäufliche Güter

und Herrschaften in jeder Größe v. ertheilt Aus-
kunft der General-Agent Robert Jacobi in
Bromberg. (8391)

Adolph Lotzin,

Manufactur- und Seidenwaaren-Handlung,
Langgasse No. 76,

offerirt ergebenst eine bedeutende Auswahl reicher schwarzer Seidenroben, sowie eine
reichhaltige Collection

Schwarzer Seiden-Sammelte:

Velours tramé noir nouveau	50 c/m. br
Velours tramé - - - - -	55 - -
Velours tramé - - - - -	60 - -
Velours tramé - - - - -	65 - -
Velours tramé - - - - -	70 - -
Velours soie tout cuit	50 - -
Velours soie - - - - -	55 - -
Velours soie - - - - -	60 - -
Velours soie - - - - -	65 - -
Velours soie - - - - -	70 - -
Velours soie - - - - -	75 - -
Velours soie - - - - -	80 - -

Franz. gewirkte Long-Chales.

Eine umfangreiche Collection, ausschließlich aus den besten Pariser und Lyoner Fabrikaten
jeden Genres zusammengefasst, besteht nur aus der **Nouveauté** dieses Jahres in Dessins,
Colorit und Stoff.

Grand tapis long Chale,
Noir petit fond Chale,
Chale long grand bouquet,
Chale long galerie,
Chale long reversible,
Chale long arabesque.

Billigste



Gelegenheit

für Auswanderer und Reisende nach Amerika von Stettin direct nach New-York

mit den Postdampfschiffen des Nordamerikanischen Lloyd's

„Western Metropolis“, Captain Quick, am 15. Juni,

Passagepreise incl. Verköstigung: Kajüte 100 Thlr. Pr. Ort, Zwischendeck 50 Thlr. Pr. Ort,

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte, unter 1 Jahre 3 Thlr. Pr. Ort.

und mit dem prachtvollen kupferfesten und gekuppelten schnellsegelnden Norddeutschen Barkschiff

„Freundschaft“, Capt. Schuchard, am 1. Juli,

Passagepreise incl. Verköstigung: Kajüte 60 Thlr., Zwischendeck 35 Thlr. Pr. Ort, Kinder un-
ter 8 Jahren die Hälfte, unter 1 Jahre 3 Thlr. Pr. Ort.

Nähere Auskunft wegen Passage und Fracht ertheilt

Consul C. Messing in Stettin, Dampfschiffs-Vollwerk 3,
concess. Auswanderungs-Unternehmer.

Schwedische Sicherheits- Zündhölzer, 10 Schachteln 2 1/2 Sgr., empfehlen

Magnus Bradtke,

Kettnerbagergasse No. 7.

Frischer Amerikanischer Pferdezaun- Saft-Mais bei

(8458)

F. C. Grothe, Jopengasse 3.

in Nußbaum u.

Pianino's Polyander zu

billigsten Fabrikpreisen empfiehlt

Ph. Wiszniewski,

Pianofortebauer,

3. Damm No. 3.

Pianino's zum Verkauf und zum Vermietzen
empfehlen E. Doroski, Kettnerbagergasse 9, 2. Et.

Alle künstlichen Haararbeiten werden sofort
sauber und billig, auch aus ausgekämm-
ten Haaren gefertigt in der Haartouren-
Fabrik von

(8562)

Louis Willdorff,

Ziegenhase 5.

Haarzöpfe

in allen Farben und Längen von 2 Thlr. auf-
wärts empfiehlt bei solider Bedienung

Louis Willdorff, Ziegenhase 5.

Parfümerien, Bächen und Rammwaaren,
Broches und Boutons, Portemonnaies, Cigar-
renspitzen, Epazierstöcke, Schlipse, Schleifen, Crav-
atten, Handschuhe, weiße Wäsche u. Unter-
Garderobe empfiehlt billig

Louis Willdorff, Ziegenhase 5. (8516)

Eine gute Concert-Violine

(von 1792) ist für den festen Preis von 80 R. zu
verkaufen. Näheres Vorstadt. Or. 10, Thüre h.

Eine bedeutende, der Simon Publinski'schen
Concurs-Masse gehörige Quantität Holz und
zwar:

678 Stück feinsten Bauholz von 18 bis 48
Fuß Länge,
so wie geschnittene tieferne Bretter und
Böhlen,

im Gesamtbetrage von circa 8000 R. soll im
Termin am 11. Juni cr., Vormittags 10 Uhr,
durch den unterzeichneten Massen-Verwalter ge-
gen baare Zahlung verkauft werden. Der Zu-
schlag erfolgt durch das hiesige Königl. Kreis-
Gericht.

Johannisburg (Ostpreußen)

den 18. Mai 1870.

(8549)

A. H. Leitner.

Meinen werthen Geschäfts-
freunden die ergebene Anzeige,
daß Herr Elmar aus meinem
Geschäft entlassen ist.

Adolph Korb.

Nur bis 29. Mai

sind Lose zur Königsberger Pferde-Lotterie zu
haben im Generalsecretariat Langgasse No. 55.
Preis 1 Thlr. (8543)

2500 Thlr. werden zur sicheren Stelle
auf feste Hypothek gesucht.
Gefällige Adressen unter No. 8556 in der Expe-
dition dieser Zeitung.

Mühlen-Pacht-Gesuch.

Eine Wassermühle, am liebsten mit circa
100 Morgen Land wird zu pachten gesucht. Ver-
pächter belieben ihre Bedingungen portofrei an
Th. Kleemann in Danzig, Teilscheingasse
No. 50, gefälligst einzusenden. (8594)

Mein Grundstück will ich verkaufen. J. Friese,
Kaufm. u. Gastw. in Marienwerder.

Eine Verkäuferin, die in einem Kurzwaaren-
und Posamentir-Geschäft fungirt hat, wi d
durch J. Dann, Jopengasse 58, empfohlen.

Landwirthinnen empfiehlt J. Dann, Jopengasse 58.

Für ein lebhaftes Colonialwaaren-Detail-Ge-
schäft wird ein tüchtiger gewandter Verkäuf-
fer per 1. Juli cr. gesucht. Persönliche Vor-
stellung erforderlich.

Offerten unter A. X. poste rest. Bromberg.

Landwirthinnen können sich melden im Gefinde-
Bureau Kottnerbagergasse 5. J. Dan.

Tüchtige Kinderfrauen empfiehlt J. Dan.

Einen soliden anständ. Inspector, einen verh.
Schmied und e. unverheir. Gärtner weist J.
sofort. Antr. nach J. Hardegen. Eine anst. f.
Wirthschaftsmaam, w. d. f. R. verk. empf. J. Hardegen.

Eine junge Dame vom Lande, welcher der Ges-
brauch des Brunnens in Ober-Salzbrunn
verordnet ist, wünscht sich an eine Dame oder
Familie anzuschließen, die auch dorthin geht. Ge-
fällige Offerten deshalb werden erbeten. Lang-
fuhr No. 12. (8558)

Im Hause Burgstraße No. 6 ist ein nach dem
J Wasser gelegenes Ladenlokal sogleich zu ver-
mieten und das Nähere zu erfahren im Com-
toir Burgstraße No. 7. (8581)

Die Oberäume des Speichers „Die Sonne“
nebst Unterraum zum Verladen, nicht weit
vom Wasser, sind zu vermieten; ebenso der
Unterraum zum Wolllager u. unversch. Salzlager
geeignet. Näheres im Speicher „Der Cardinal.“

Neufahrwasser No. 82 am Markt eine Bade-
Gelegenheit zu vermieten, 3 Zimmer nebst
Küche, möblirt auch unmöblirt. (8539)

Hunde-Halle.

Heute Fisch-Essen.

E. S. Kiebau, Hunde 3 u 4

Stobbe's Restauration

Heiligegeistgasse 36.

Heute Abend frisch vom Faß:

Braunsberger Bier.

Jubiläums-Halle,

2. Damm 16,

empfehlen heute Abend

Braunsberger Lagerbier.

Albert Reimann.

NB. Zwei Billards mit Mantinellbanden
und mit Marmorplatte. (8582)

Berein zur Wahrung kaufmännischer Interessen zu Danzig.

Versammlung der Mitglieder: Montag, den
23. Mai, Abends 7 Uhr, im hintern Saale
der Restauration Klein, Langgasse No. 35.
Tagesordnung bei den Vorstandsmitgliedern
einzusehen. (8531)

Der Vorstand.

Schweizer-Garten

von Oscar Voigt.

Sonntag, den 22. Mai, Morgens 6 1/2 Uhr:

Grosses Früh-Concert

des Musikdirectors

Fr. Laade aus Dresden

mit seiner Kapelle. Entrée 2 1/2 Sgr., Kinder 1 Sgr.

Selonke's Variété-Theater.

Sonnabend, 21. Mai:

Gastspiel der franz. Soubrrette Demoiselle Ga-
brielle. Theatervorstellung. Ballet. Gesangs-
und Compté-Vorträge.

Sonntag, 22. Mai:

Erstes großes

Brillant - Feuerwerk

vom Kunstfeuerwerker

Herrn Ulrich aus Breslau.

Frau — o —
Eine Gelegenheit um mit Ihnen wieder ein Mal
sprechen zu können wünscht Ihr 12 Uhr vis-à-vis.
(8596)

No. 6064

kauft zurück die Expedition der Danziger Zeitung.

Druck u. Verlag von A. B. K. emann in Danzig